

Handelsungleichgewichte – Wie erklärt man das Problem? – 1

Von Paul Steinhardt | 07.08.2018

Viele unser Leser berichten uns regelmäßig über ihre Schwierigkeiten, unsere wirtschaftspolitischen Kernaussagen in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis verständlich zu vermitteln. Wie schwer das ist, musste auch ich anlässlich einer Vorstellung unserer „Gescheiterten Globalisierung“ erfahren.

Erste Station unserer Buchvorstellungstournee war die ca. 40.000 Einwohner große Stadt Schwäbisch Hall. Warum wir unser Buch in einer Kleinstadt vorstellten? Nein, nicht etwa, weil die dort ansässige Bausparkasse uns dorthin mit einem pekuniären Angebot gelockt hatte, dem wir nicht widerstehen konnten. Und auch nicht, weil die Stadt durch eine äußerst pittoreske mittelalterliche Altstadt zu gefallen weiß, für Kunstfreunde es in der Kunsthalle Würth viel zu sehen gibt und auf den 54 Stufen der Stadtkirche St. Michael alljährlich seit 1925 eindrucksvolle Theaterinszenierungen zur Auf-führung gebracht werden.

„Sentimentalität“ heißt die Antwort. Als gebürtiger „Haller“ hat mich vermutlich der Gedanke an das Gleichnis von der Rückkehr des verlorenen Sohnes dazu bewegt, der dortigen Attac-Gruppe einen Vortrag zu unserer „Gescheiterten Globalisierung“ anzubieten. Und immerhin fanden zur Veranstaltung, zu der auch die dortige Volkshochschule und das Evangelische Bildungswerk geladen hatte, bei brütender Hitze in einem mit zunächst vierzig Plätzen bestuhlten Raum über 80 Interessierte Platz und war damit krachend voll. Von einem krachenden Erfolg unseres Auftrittes zu reden, wäre dage-

gen allerdings etwas übertrieben.

Vermittlungshürden

Schon während unserer Präsentation beschlich mich das ungute Gefühl, dass die Konzeption unseres Vortrags auf allzu optimistisch eingeschätzten Vorkenntnisse vieler unserer Zuhörer basierte. Diese Einschätzung wurde durch die an die Vorträge anschließende Diskussion und einen recht ausführlichen Bericht des dort viel gelesenen „Haller Tagblatts“ bestätigt.

Dieser Artikel war überdies Zeugnis davon, wie erfolgreich die neoliberale Ökonomenzunft und ihre publizistischen Sprachrohre ihre Botschaften als Wahrheiten im Glaubenssystem der meisten Menschen zu verankern wussten. Und vor allem davon, wie ein solches Glaubenssystem ein Bollwerk gegen ein Verständnis elementarer makroökonomischer Zusammenhänge darstellt.

Wer so programmiert wurde, hört wohl zwar Dinge wie, dass eine funktionierende Marktwirtschaft der Verschuldungsbereitschaft von Unternehmen und/oder des Staates bedarf, dass auf die Verschuldung des Auslands zu setzen, die Handelspartner schädigt und langfristig kaum gut gehen kann, dass die Löhne in Deutschland zu niedrig sind, dass Haushaltsdefizite unter gegenwärtigen Bedingungen als positiv zu bewerten sind etc.pp. Beim entsprechend epistemisch konditionierten Hörer scheinen solche Thesen so starke negative Gefühle zu verursachen, dass es ihm unmöglich ist, den Erklärungen, die für diese Behauptungen vorgebracht werden, auch nur im Ansatz zu verstehen .

Wird einem dann noch von einem echten Volkswirtschaftsprofessor wie Clemens Fuest bestätigt, es gebe nicht die einfachen Zusammenhänge, wie sie von Flassbeck behauptet werden, dann hat man sich erfolgreich einer kognitiven Dissonanz entledigt. Das ist zwar emotional entlastend, aber leider hindert es einen daran, etwas über die Funktionsweise real existierender Marktwirtschaften zu lernen.

Über einfache Antworten und einfache Fragen

In der Diskussion mit den Zuhörern und auch in dem oben genannten Artikel wurde deutlich, dass man recht einfache makroökonomische Zusammenhänge als wohl für viel zu einfach erachtet. So einfach kann einfach alles nicht sein! Die offensichtlichen Divergenzen der wirtschaftlichen Entwicklung von Deutschland und Italien z.B. auf deren divergierenden Inflationsraten zurückführen? Als Lösung eine Erhöhung der Löhne in Deutschland vorschlagen? Viel zu einfach! Und vor allem so offensichtlich falsch! Höhere Löhne, wo doch die Globalisierung uns dazu zwingt Maß zu halten! Deutschland war doch der kranke Mann Europas, weil Löhnen, vor allem die Lohnnebenkosten viel zu hoch waren. Die Italiener müssen sich halt so wie wir anstrengen. Von nichts kommt halt nichts!

Anstatt der so gezeigten Empörung über unsere Ausführungen wäre an dieser Stelle freilich fragen und nachfragen sehr viel besser gewesen. Fragen wir also:

- Warum setzt sich eine Zentralbank, wie z.B. die EZB, sich ein positives Inflationsziel?
- Wie kann eine Zentralbank die Inflationsrate steuern?
- Wenn eine Zentralbank, wie Sie behaupten, die Inflationsrate nur begrenzt zu steuern in der

Lage ist, was bestimmt dann die Inflationsentwicklung?

- Wie können Sie behaupten, dass in einem Hochlohnland wie Deutschland, die Löhne zu niedrig sind?
- Warum führen Lohnstückkostendivergenzen zwischen untereinander handelnden Ländern zu wirtschaftlichen Verwerfungen?
- Können nicht doch alle Länder wie Deutschland ihre Wirtschaft ankurbeln, indem sie ebenfalls wettbewerbsfähiger werden?
- Warum sollte der Staat gezwungen sein, mehr auszugeben, als er einnimmt, sich also verschulden?

Im Folgenden möchte ich versuchen, diese Fragen, ohne allzu viel Vorwissen voraussetzen, zu beantworten. Ohne etwas Geduld und Bereitschaft ihrer Freunde und Bekannten Neues zu lernen und natürlich auch meiner Haller, wird es wohl trotzdem ein hoffnungsloses Unterfangen bleiben müssen.

Geld- nicht Tauschwirtschaft

Um die folgenden - leider nicht immer so ganz einfachen - Antworten auf all diese Fragen verstehen zu können, muss man sich zunächst einmal von der Vorstellung freimachen, dass eine Marktwirtschaft als eine *Tauschwirtschaft* konzeptualisiert werden kann (ausführlich belege ich das in meinem Buch "Was ist eigentlich eine Marktwirtschaft"). Anders gesagt, eine Marktwirtschaft ist kein Wirtschaftssystem, das auf der Basis eines einfachen Tauschs von Gütern zwischen Dir und mir verstanden werden kann. In real existierenden Marktwirtschaft tauscht z.B. ein Fischer mit einem Bäcker keine Fische gegen Brot und wird das Austauschverhältnis auch nicht durch subjektive Nutzenempfindungen bestimmt. Obsolet ist damit auch der Geldbegriff, der den meisten wirtschaftsliberalen Theorien zugrunde liegt. Geld ist nicht im Prinzip eine Ware, wie jede andere, die sich allein durch ihre besondere Marktgängigkeit von allen anderen Waren unterscheidet. Damit aber hat sich auch die Vorstellung eines Kapitalmarkts, auf dem Anbieter und Nachfrager dieser Ware in Abhängigkeit vom Zinssatz Geld heute gegen Geld später tauschen als nicht haltbar erwiesen.

Geld hat keinen intrinsischen Wert und ist auch kein Repräsentant des Wertes von irgendwelchen Warenkörben. „Geld“ ist zunächst ein Begriff, der eine *Recheneinheit* bezeichnet, die es erlaubt, Waren zu *bewerten*. So z. B. ein Stück Butter, das bei meinem Supermarkt mit einem Preis von € 1,85 bewertet, oder wie man in diesem Zusammenhang eher sagt, ausgezeichnet wird. Will ich Butter kaufen, dann jedenfalls muss ich dafür diesen Preis bezahlen. Die Bezahlung erfolgt z.B. durch die Übergabe von Münzen, die in der Summe sich auf diesen Betrag belaufen. Der Begriff Geld bezieht sich in diesem Fall also auf ein *Zahlungsmittel*, das es erlaubt, Zahlungsverpflichtungen, die sich aus einem Kaufvertrag ergeben, *schuldbefreiend zu begleichen*. Um Missverständnisse zu vermeiden, werde ich nur dann von „Geld“ reden, wenn ich ihre zweite Verwendungsweise im Sinn habe. Im ersten Fall dagegen werden ich von „Währung“ reden. Güter werden also mit einer Währung bewertet und solche Güter werden mit einem Zahlungsmittel bezahlt, das in dieser Währung denominiert ist. Geld, so kann man im Anschluss an Georg-Friedrich Knapp zusammenfassend festhalten, ist die Dokumentation des Anspruches Geldschulden zu begleichen (ausführlich habe ich das in meiner Geldserie erläutert, [hier](#) der erste Teil).

Neben der Tatsache, dass wir Güter, die wir uns wünschen oder derer wir bedürfen, nicht über Tauschgeschäfte in unseren Besitz gelangen, ist von ebenfalls großer Bedeutung, dass weder „Du“ noch „ich“ diese Güter i.d.R. selbst herstellen. Kennzeichnend für eine Marktwirtschaft ist, dass die Produktion der überwiegenden Mehrheit dieser Güter durch *Unternehmen* erfolgt. Unternehmen sind Organisationen, deren Ziel es ist, mit der Herstellung von Gütern einen *monetären Gewinn* zu erzielen. Ihr Ziel ist es also, dass der in Währung bewertete und für die Produktion notwendige Input kleiner ist als der des Outputs, also der zum Verkauf angebotenen Waren. Und Unternehmen können dieses Ziel nur dann erreichen, wenn sie diese Waren auch erfolgreich zu einem entsprechend hohen Preis verkaufen können.

Typisch für eine Marktwirtschaft ist also damit, dass wer über bestimmte Güter, die durch ein Unternehmen mit Gewinnerzielungsabsicht produziert werden, verfügen will, zunächst einmal das dafür notwendige *Einkommen erwerben* muss. Von besonderer Bedeutung für ein Verständnis der Marktwirtschaft ist, dass Einkommen in Form von Löhnen und Einkommen und in Form von Gewinnen erworben werden können.

Für ein Wirtschaftssystem, das durch diese Charakteristika gekennzeichnet ist, gelten, wie der bedeutende deutsche Ökonom Wolfgang Stützel richtig festgehalten hat, »neben Zusammenhängen, die vom menschlichen Verhalten abhängen«, auch solche, die selbst »dann unverändert bestehen bleiben würden, wenn die Menschen sich noch so ungewöhnlich verhielten« (das ganze [Buch von Stützel](#) aus dem das Zitat stammt, ist Pflichtlektüre für jeden, der tiefer in die Materie einsteigen möchte).

Ein solcher, geradezu trivialer Zusammenhang ist, dass in einer Marktwirtschaft die Gesamtheit aller Einnahmen niemals höher sein kann als die Gesamtheit aller Ausgaben. Daraus aber folgt logisch zwingend, dass wenn in einer bestimmten Periode insgesamt weniger ausgegeben als eingenommen wurde, die Summe der Einkommen der folgenden Periode sinken muss.

Das Bruttoinlandsprodukt ist die Summe der Ausgaben für Konsum und- Investitionsgütern. Die Ausgaben können von (1) privaten Haushalten, (2) Unternehmen und (3) dem Staat getätigt werden, wobei diese Akteure sich im In-oder Ausland befinden können. Wir können daher vier Sektoren einer bestimmten Volkswirtschaft unterscheiden: Die inländischen Haushalte, die inländischen Unternehmen, den Staat und das gesamte Ausland. Während der Verkauf von Gütern an Ausländer das BIP erhöht, verringert der Kauf von ausländischen Gütern durch Einheimische das BIP. Zusammenfassend gilt für eine Geldwirtschaft also der folgende Zusammenhang:

$$\text{Bruttoinlandsprodukt} = (\text{inländischer}) \text{Konsum} + (\text{inländische}) \text{Investitionen} + (\text{Exporte} - \text{Importe})$$

$$\text{Kurz: } BIP = C + I + (Ex - Im)$$

Aus diesem unbestreitbaren Zusammenhang folgt dann aber, dass wenn z.B. die Gesamtheit der Haushalte in einer Periode weniger ausgeben, als sie einnehmen, dann das BIP gegenüber dem Vorjahr entweder sinken oder deren Einnahmeüberschuss durch einen entsprechenden Ausgabeüberschuss eines anderen Wirtschaftssektors kompensiert werden muss. Das Ergebnis der Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben solcher Sektoren einer Volkswirtschaft bezeichnet man als *Fi-*

finanzierungssalden. Finanzierungssalden können also entweder null, positiv oder negativ sein. Aufgrund der dargestellten Zusammenhänge folgt wiederum logisch zwingend, dass die Summe aller Finanzierungssalden 0 beträgt. Hat ein Sektor also einen *Überschuss*, dann muss zumindest einer der anderen Sektoren zwingend ein *Defizit* gleicher Höhe ausweisen.

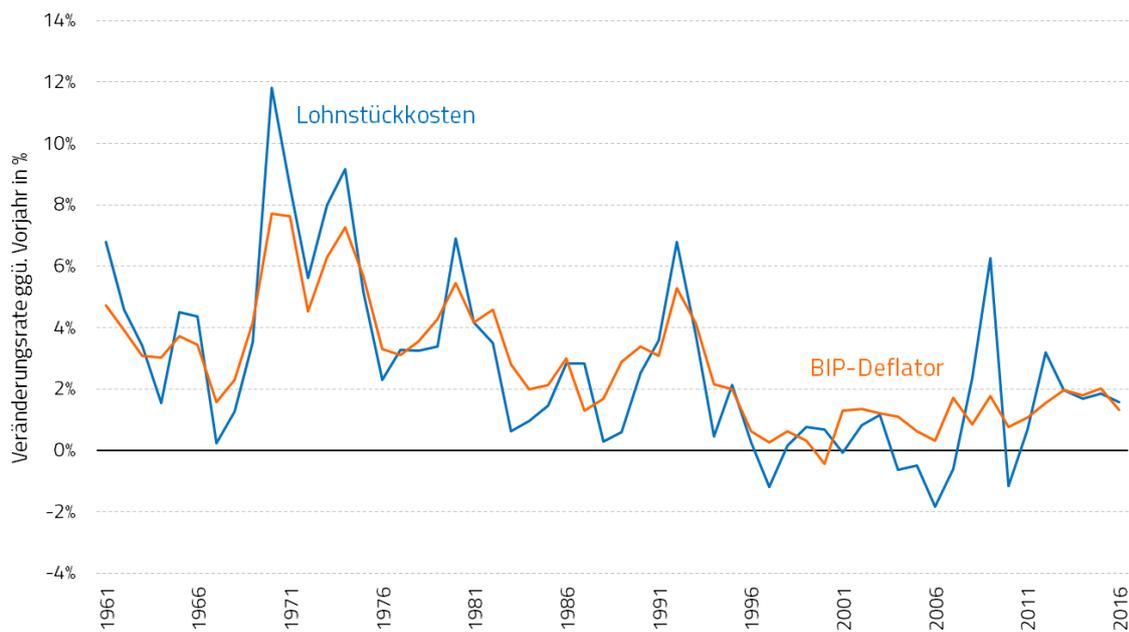
Inflation und ihre Ursachen

Stellen Sie sich vor, ein Unternehmen produziere in einer bestimmten Periode Güter, deren Kosten sich auf insgesamt 100 Geldeinheiten (GE) belaufen und das Unternehmen nehme zu ihrer Begleichung ein 10-jähriges Darlehen mit gleichbleibender Tilgung von 80 GE mit einem Zinssatz von 10% p.a. auf. Klar ist, dass dann alleine um die Kosten der Produktion decken zu können, die Verkaufserlöse sich am Ende dieser Periode auf 116 GE belaufen müssen.

Von „Inflation“ spricht man, wenn das Preisniveau anhaltend steigt, von „Deflation“ wenn es anhaltend sinkt. Eine Inflation wird also Waren verteuern, was auf die absetzbaren Mengen dieser Güter einen negativen Einfluss haben mag. Inflation mag also das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen. Allerdings hat sich diese Vermutung empirisch für nicht astronomisch hohe Inflationsraten nicht bestätigen lassen (ausführlich dazu [hier](#)). Dass eine Deflation extrem gefährlich ist, wird aber von niemandem bestritten. Wie das kleine Beispiel oben illustriert, kann sie Unternehmen rasch in Existenzschwierigkeiten bringen. Der Grund: bestimmte Verbindlichkeiten, wie etwa Darlehen, sind *nominal* fixiert, sind also unabhängig von der Entwicklung des Preisniveaus. Ein geringes Preisniveau aber führt zu geringeren Einkommen und gefährdet daher die Bedienung von in der Vergangenheit aufgenommen Krediten.

Zentralbanken haben also guten Grund, sich ein positives Inflationsziel zu setzen. Ob sie guten Grund haben zu glauben, dass sie über die geeigneten Instrumente verfügen, um dieses auch steuern zu können, kann man dagegen bezweifeln. Denn das einzige Instrument über das sie verfügen, ist der Zinssatz. Unbezweifelbar ist dagegen der Zusammenhang zwischen der Inflation und der Entwicklung der Löhne. Betrachten wird dazu die folgende Grafik.

Preisentwicklung und Lohnstückkosten in Deutschland¹⁾



¹⁾ von 1960 bis 1991 Westdeutschland, ab 1992 Deutschland

Quelle: AMECO

Die blaue Kurve zeigt die jährlichen Veränderungen der sogenannten Lohnstückkosten. Die Lohnstückkosten wiederum geben Auskunft darüber wieviel Lohn für die Produktion eines Wirtschaftsgutes bezahlt werden muss. Nehmen wir z.B. an, dass die Herstellung eines Wirtschaftsguts 100 Arbeitsstunden beträgt und eine Stunde mit 10 € entgolten wird, dann betragen die Lohnstückkosten dieses „Stücks“ 1000 €. Die Lohnstückkosten hängen ganz offensichtlich von der Höhe der Löhne ab. Sie sind aber nicht weniger davon abhängig, wie viele Stunden man braucht, um ein solches Stück zu produzieren. Braucht man beispielweise nur noch etwa 90 Stunden zu seiner Fertigung, dann sinken die Lohnstückkosten auf 900 €. Die Lohnstückkosten sind gesunken, weil der Arbeiter weniger Zeit benötigte, ein Stück zu produzieren, also seine Produktivität erhöhte. Eine erhöhte Produktivität muss aber nicht notwendigerweise die Lohnstückkosten verringern, denn ihre Entwicklung hängt ja ebenfalls von der Entwicklung der Löhne ab.

Die blaue Kurve nun gibt nicht Auskunft über die Entwicklung der Lohnstückkosten eines ganz bestimmten Gutes, sondern der aller produzierten Güter einer Volkswirtschaft, in diesem Fall von Deutschland. Die braune Kurve gibt Auskunft über die Entwicklung des Preisniveaus in dieser Volkswirtschaft, also über die Inflationsrate. Die Kurve zeigt, dass es einen engen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Lohnstückkosten und der Inflationsraten gibt.

Sich wie in der Europäischen Währungsunion ein gemeinsames Inflationsziel zu setzen, kommt damit einer Vereinbarung gleich, die Entwicklung der Lohnstückkosten europaweit zu koordinieren.

Lesen Sie im zweiten Teil dieser Artikelserie, was passiert, wenn eine solche Lohnkoordination ausbleibt.

Veröffentlicht am: 07.08.2018

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2018/08/handelsungleichgewichte-wie-erklart-man-das-problem-1/>